

NIEDERSCHRIFT UmDe/015/2008

über die Sitzung **des Umwelt- und Denkmalausschusses der Stadt Billerbeck** am 27.05.2008 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Dr. Wolfgang Meyring

Ausschussmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Ludger Kleideiter
Frau Brigitte Mollenhauer

Vertretung für Herrn
Florian Heuermann

Herr Hans-Jürgen Dittrich
Herr Martin Pfeiffer

Vertretung für Herrn
André Heßling

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Sarah Bosse-Berger
Herr Winfried Heymanns
Herr Bernd Kösters

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Simon Drovs

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Jürgen Janowski
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

bis einschl. TOP 1. ö. S.

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Herr Dr. Meyring stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- Antrag der SPD-Fraktion vom 27. August 2007**
hier: Erstellung einer Konzeption für die Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden
Herr Janowski stellt die städt. Gebäude vor, bei denen sich die Nutzung

der Dachflächen für Photovoltaikanlagen nach Ansicht der Verwaltung lohnt:

Städt. Bauhof
Fahrzeughalle, Scheune und Hauptgebäude
insgesamt ca. 350 – 380 qm Dachfläche

Mehrfamilienhaus am Brunnenweg (GIWo)
insgesamt ca. 120 qm Dachfläche

Feuerwehrgerätehaus
insgesamt ca. 215 qm Dachfläche

Hauptschule
Turnhalle, Zwischenbau
insgesamt ca. 720 qm Dachfläche

Kindergarten Johann-Heermann
insgesamt ca. 550 qm

Zweifachturnhalle
insgesamt ca. 619 qm Dachfläche

Kläranlage
Hauptgebäude, Sandabscheider
insgesamt ca. 270 qm Dachfläche

Realschule
Aula, Turnhalle
insgesamt ca. 1.100 qm Dachfläche

Herr Janowski betont, dass im Rahmen der Bestandsaufnahme noch keine Überprüfung der Statik vorgenommen wurde.

Herr Mollenhauer ergänzt, dass man zwar auch über Photovoltaikanlagen auf anderen städt. Gebäuden, wie z. B. der Ludgerischule oder der Landwirtschaftsschule nachdenken könnte, aus Gründen des Denkmalschutzes sollten diese aber nicht herangezogen werden. Außerdem seien die Flächen relativ klein.

Herr Kleideiter weist darauf hin, dass die Statik ein wichtiger Aspekt sei.

Auf Nachfrage von Herrn Dittrich teilt Frau Dirks mit, dass das DRK die Dachflächen seiner Gebäude anderen Nutzern nicht zur Verfügung stellen wolle und vielmehr eine Eigennutzung prüfe.

Herr Dittrich spricht sich dafür aus, die erheblichen Kapazitäten zu nutzen. Er würde es begrüßen, wenn die Stadt Dachflächen auch selber nutze. Bei der Umsetzung könnten neben den Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) evtl. auch andere Mittel beantragt werden. Die Nutzung der Dachflächen für Photovoltaikanlagen sollte nicht so weit hinaus-

geschoben werden, da in den nächsten Jahren die Einspeisevergütung sinken werde. Im Hinblick auf die Vorbildfunktion der Stadt und den Klimaschutz sollte das Vorhaben positiv angegangen werden.

Herr Dübbelde wirft ein, dass noch nicht beschlossen worden sei, dass die Stadt Photovoltaikanlagen errichtet. In der letzten Sitzung sei lediglich der Beschluss gefasst worden, dass zunächst öffentlich auf die Möglichkeit der Nutzung von öffentlichen Dachflächen zur Installation von Photovoltaikanlagen hingewiesen werden soll. Im Übrigen sei der Sitzungsvorlage nicht zu entnehmen, welche Kosten auf die Stadt zukommen, wenn sie selber Photovoltaikanlagen installiere.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass sich die Anlagen normalerweise nach ca. 17 Jahren amortisieren. Aufwand und Ertrag müssten im NKF-Haushalt darstellbar sein.

Herr Dübbelde betont, dass zuerst die Frage geklärt werden müsse, ob der bisherige Beschluss weiter Bestand haben solle und die Dachflächen privaten Investoren zur Verfügung gestellt werden sollen oder ob sich die Stadt auch selbst engagieren will.

Frau Dirks weist auf die Möglichkeit hin, beide Wege zu gehen. Grundsätzlich könne sie sich vorstellen, dass die Stadt, die GIWo und das Abwasserwerk auf ihren Gebäuden Photovoltaikanlagen installieren, da sich die Anlagen amortisierten. Sie habe aber große Bedenken, sanierungsbedürftige Dächer privaten Investoren zur Verfügung zu stellen.

Herr Mollenhauer schlägt vor, nach und nach im Zuge der Dachsanierungen auch Photovoltaikanlagen zu installieren.

Die Nutzung der Dachflächen städt. Gebäude sollte grundsätzlich auch Privaten ermöglicht werden, so Herr Dittrich. Die Stadt würde hiervon auch durch das Flächennutzungsentgelt profitieren. Bei sanierungsbedürftigen Dächern sollte die Sanierung mit der Installation von Photovoltaikanlagen gekoppelt werden. Außerdem gebe es für Sanierungen Zuschüsse. Es gebe also eine Menge Möglichkeiten, das Vorhaben in eine positive Richtung zu entwickeln.

Frau Mollenhauer bezweifelt, dass ein privater Investor auf einem fremden sanierungsbedürftigen Dach investieren werde.

Herr Dübbelde erkundigt sich, ob den Interessenten mitgeteilt worden sei, dass sie u. a. eine Bürgschaft vorlegen müssten.

Mit den Interessenten sei erörtert worden, dass auf den Turnhallendächern mit Undichtigkeiten gerechnet und bei einer Sanierung die Anlage vorübergehend abgebaut werden müsse, so Herr Mollenhauer. Ein Interessent habe signalisiert, dass er das mittragen könne, dafür aber dann keine Pacht zahlen wolle. Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass es bei Schäden an den Dachflächen zu Streitigkeiten um die Frage nach der Verantwortlichkeit kommen könne.

Frau Bosse-Berger schlägt vor, mit den Dächern anzufangen, die sich für Photovoltaikanlagen anbieten und die anderen sanierungsbedürftigen in die Zeit zu stellen.

Herr Dübbelde zieht aus der Argumentation der Verwaltung in der Sitzungsvorlage den Schluss, dass von einer Verpachtung von Dachflächen an Private Abstand genommen werden sollte, weil die vertragliche Gestaltung schwierig sei.

Herr Mollenhauer bestätigt dieses. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, dass die Stadt selber tätig werden sollte, weil insbesondere bei den Flachdächern Schwierigkeiten vorprogrammiert seien, so Herr Mollenhauer.

Herr Dittrich schlägt vor, zunächst die kritischen Dächer außen vor zu lassen, aber die privaten Investoren nicht gänzlich auszuschließen. Es gebe ausreichend Erfahrungen aus anderen Gemeinden, die wasserdichte Verträge ausgehandelt hätten.

Herr Dr. Meyring ist ebenfalls dafür, private Investoren bei geeigneten Dächern zu berücksichtigen. Außerdem sollte zunächst ein Dach saniert werden, bevor eine Photovoltaikanlage installiert werde.

Herr Mollenhauer schlägt vor, dass die Stadt die Flachdächer nach einer Sanierung selber nutzt und die geeigneten Dächer ggf. den Privaten zur Verfügung stellt.

Herr Pfeiffer rät zu Einzelfallentscheidungen. Wenn ein Investor bereit sei, die Anlage bei einer Sanierung vorübergehend abzubauen, dann könnte das doch vertraglich geregelt werden. In erster Linie sollten die Dachflächen Privaten zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dittrich spricht sich dafür aus, beide Varianten zu prüfen.

Herr Mollenhauer bittet den Ausschuss um ein Signal dahingehend, dass die Stadt die Flachdächer nutzen kann und privaten Interessenten die geeigneten Dächer angeboten werden können. Dabei weist er darauf hin, dass ein Privater Interesse an den Turnhallendächern bekundet habe. Diesem müsste dann abgesagt werden.

Das sieht Herr Dr. Meyring anders. Er sehe keine großen Schwierigkeiten, wenn privaten Interessenten die Turnhallendächer überlassen werden. Es sei abzuwarten, ob diese sich auf einen entsprechenden Vertrag einlassen.

Nach Erörterung über die weitere Vorgehensweise schlägt Herr Dr. Meyring als Kompromiss vor, die Installation von Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden grundsätzlich weiter voranzutreiben. Die Verwaltung sollte darlegen, wie sich die Installation von Photovoltaikanlagen für die Stadt finanziell darstellt. Er sehe die Nutzung durch Private aber als vor-

rangig an.

Frau Dirks weist noch einmal auf Streitpunkte hin, die sich ergeben könnten, wenn sich Fremde auf städt. Dächern engagierten. Zwar könne man sich vertraglich absichern und Bürgschaften fordern, dennoch werde es bei Lecks Probleme geben. Deshalb sollte die Stadt auf Flachdächern selbst aktiv werden und die geeigneten Dächer ggf. den privaten Interessenten zur Verfügung stellen. Die finanziellen Aspekte könnten dem Ausschuss in einer nächsten Sitzung vorgestellt werden. Dabei könnte es durchaus die Möglichkeit der Beteiligung durch Bürger in Form einer Bürgersolaranlage geben.

Herr Dittrich sieht die Beteiligung der Bürger ähnlich wie in Nottuln als eine gute Weiterentwicklung des SPD-Antrages an. Damit komme man weiter.

Schließlich spricht sich der Ausschuss dafür aus, der von Frau Dirks beschriebenen Vorgehensweise zu folgen.

2. Energieeinsparung an den Schulen

Der Bericht des Herrn Janowski über das Projekt „fifty-fifty“ ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Dübbelde moniert die mangelnde Beteiligung der Schulen an dem Projekt. Er erwarte von den Lehrpersonen, dass sie die Schüler zur Einsparung von Ressourcen anleiten. Im Übrigen halte er die Kennzahlen nicht für verlässlich, da man nicht in jedem Jahr von gleichen Voraussetzungen ausgehen könne.

Herr Dittrich erkundigt sich, welche Ideen die Verwaltung habe, um das Projekt für die Schulen attraktiver zu machen.

Herr Mollenhauer legt dar, dass regelmäßig Gespräche mit den Schulen geführt würden.

Frau Mollenhauer ist über die mangelnde Mitarbeit der Schulen entsetzt. Sie habe das Gefühl, dass die Lehrer ihre Hausaufgaben nicht gemacht hätten.

Herr Pfeiffer weist auf die Vorbildfunktion der Lehrpersonen hin. Er könne sich vorstellen, dass das Projekt für die Schüler greifbarer würde, wenn das Geld in die Klassenkassen fließen würde

Es sei schwierig für die Lehrer, wenn die Schüler nicht mitmachten, so Herr Drows. Man sollte nicht alles auf die Lehrer abwälzen. Er schlägt vor, an den Schulen Arbeitsgemeinschaften zu Thema ins Leben zu rufen. Außerdem könnten doch z. B. Bewegungsmelder auf den Fluren installiert werden.

Hierzu berichtet Herr Mollenhauer, dass bereits an mehreren Stellen mit technischen Hilfsmitteln versucht werde, den Energieverbrauch zu reduzieren.

Herr Kleideiter sieht bei der Heizung die Lehrer in der Verantwortung, auch könne es nicht sein, dass eine Kipplüftung vorgenommen werde.

Herr Kösters merkt an, dass er in der Grundschule beobachtet habe, dass dort eine Stoßlüftung erfolge.

Frau Bosse-Berger schlägt vor, mehr Druck auf die Schulen auszuüben. Gerade an der Grundschule könnten die Schüler doch noch für ein Projekt begeistert werden.

Herr Dittrich schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, das Thema nach vorn zu bringen und den Vorschlag aufzugreifen, das Geld den Klassenkassen zur Verfügung zu stellen. Er sehe auch die Stadt als Schulträger in der Verantwortung.

Herr Dübbelde wirft ein, dass die Schule bestimme, wohin das Geld fließe. Im Übrigen könne die Stadt nicht mehr tun als an Lehrer und Schüler zu appellieren.

Herr Dr. Meyring gibt zu bedenken, dass man auch das Gegenteil erreichen könne, wenn mit Sanktionen gedroht werde.

Herr Mollenhauer kündigt an, erneut das Gespräch mit den Schulen zu suchen. Darüber hinaus würden durch die Berichterstattung über die heutige Beratung sicherlich auch die Eltern auf das Thema aufmerksam werden.

Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

3. Mitteilungen

3.1. Submission Freibad - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass heute die Submission für die Sanierungsarbeiten im Freibad stattgefunden habe. In der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses könnten die Vergaben beschlossen werden.

4. Anfragen

4.1. Radweg entlag der L 506 auf der Beerlage - Frau Bosse-Berger

Frau Bosse-Berger erkundigt sich, wann mit dem Bau des Radweges endlich begonnen werde und ob es richtig sei, dass eine Hecke gepflanzt werde, wenn der Radweg fertig gestellt sei.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass nur die für den Radweg benötigten Grundstücksflächen angekauft worden seien. Von daher halte er es für unwahrscheinlich, dass eine Hecke gepflanzt werde. Mit dem Bau der Radwege in Hamern und auf der Beerlage solle im Juli begonnen werden.

Frau Bosse-Berger merkt an, dass man die vorhandene Bepflanzung dann auch noch bis zum Baubeginn hätte stehen lassen können.

4.2. Baumaßnahmen im Wäldchen am Schildstuhl - Herr Heymanns

Herr Heymanns erkundigt sich, welche Baumaßnahmen zurzeit im Wäldchen am Schildstuhl durchgeführt werden.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Nachbarinitiative ihre Maßnahme umsetze.

4.3. Kanalbaumaßnahme an der Ludgeristraße - Herr Heymanns

Herr Heymanns bittet darauf zu achten, dass das Denkmal an der Einmündung Ludgeristraße/Brunnenweg im Rahmen der Baumaßnahme freigehalten wird. Er spricht insbesondere den Standort des Toilettenhäuschens an.

Herr Mollenhauer sagt zu, den Hinweis an Herrn Hein weiter zu geben.

4.4. Ausbau der Bahnhofstraße - Herr Drovs

Er habe gehört, dass eine Versammlung der Anlieger zum Ausbau der Bahnhofstraße stattgefunden habe und die Anlieger mit der Information nicht zufrieden gewesen sein sollen, so Herr Drovs. Er richtet an die Ausschussmitglieder die Frage, ob ihnen Näheres bekannt sei.

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass diese Frage nicht an die Ausschussmitglieder, sondern an die Verwaltung gerichtet werden müsse.

Daraufhin merkt Herr Mollenhauer an, dass er lediglich gehört habe, dass eine Versammlung der Anwohner stattgefunden haben soll. Details seien ihm nicht bekannt.

4.5. Schneiden von Straßenbegleitgrün - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass das Grün im Einmündungsbereich Darfelder Straße/K13n die Sicht behindere und geschnitten werden

müsste.
Herr Mollenhauer sagt Abhilfe zu.

Dr. Wolfgang Meyring
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin